

Politticker

aha: Mehrwertthemen rund um die Abfallwirtschaft
Juni 2015



Sonnenschein und Sachinformation: Am 11. Juni unternahmen die Mitglieder des Ausschusses für Abfallwirtschaft (AfA) bei strahlendem Sonnenschein die jährliche Informationsreise zu interessanten Zielen des Betriebes aha.

Erste Anlaufstelle war die Betriebsstätte in Garbsen. Auf dem Programm stand der Bericht über die Erfahrung zur Umstellung des neuen Abfuhrsystems. Die Betriebsstätte Garbsen führte im März 2014 als erste Betriebsstätte die Behälterabfuhr ein. Von der Robert-Hesse-Straße ging es weiter nach Kolenfeld. Hier informierten aha-Mitarbeiter

die Ausschussmitglieder über die geplanten Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen. Ab 2017 wird von der aha-Betriebsstätte in Wunstorf aus das dritte Anschlussgebiet auf Behälterabfuhr umgestellt. Eine wichtige bauliche Voraussetzung dafür ist die Erneuerung des Sozialgebäudes. Die Planungsphase steht kurz vor dem Abschluss. Bei einem anschließenden Rundgang über die angeschlossene Deponie konnten sich die Politiker einen Eindruck vom Deponiealltag machen. Ein gemeinsames Mittagessen bildete den Abschluss dieser informativen Tour.

Verantwortlicher Entsorger oder Zaungast?

Am Dienstag, den 9. Juni, ist in Berlin der Bundeskongress der kommunalen Abfallwirtschaft und Stadtreinigung des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) mit knapp 300 Teilnehmern zu Ende gegangen. Bestimmendes Thema war das Wertstoffgesetz, das nach dem Willen der Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp machte in seinem Vortrag deutlich: „Ohne kommunale Zuständigkeit für die Sammlung ist ein Wertstoffgesetz mit den Kommunen nicht zu machen!“ Das sah auch die Mehrheit der abfall- und umweltpolitischen Sprecher der im Bundestag vertretenen Parteien so, wie auf der anschließenden Podiumsdiskussion deutlich wurde. Derzeit liegt immer noch kein Entwurf des Gesetzes vor. Auf dem Bundeskongress skizzierte jedoch ein Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit die Vorstellungen für die Ausgestaltung des Gesetzes. Diese sehen für die Kommunen bislang keine operative Funktion bei der Wertstofffassung vor. Dazu Hasenkamp: „Ein



Wertstoffgesetz ohne kommunale Verantwortung für die Sammlung der Abfälle können und werden wir nicht akzeptieren. Die kommunalen Unternehmen dürfen nicht zu Zaungästen der Wertstoffentsorgung degradiert werden. Sie haben eine Daseinsvorsorgepflicht, der sie seit Jahrzehnten gewissenhaft nachkommen. Auf die Entsorgungskompetenz der Kommunen, ihre Erfahrung und ihren direkten Draht zu den Bürgern kann im Interesse eines erfolgreichen Recyclings von Haushaltsabfällen nicht verzichtet werden.“ Laut einer 2014 vom VKU in Auftrag gegebenen Umfrage befürworten rund zwei Drittel der Bürger eine Rückübertragung der gesetzlichen Verantwortung für die Verpackungsentsorgung auf die Kommunen. Hasenkamp stellte klar, dass genügend Argumente für die kommunale Sammelzuständigkeit auf dem Tisch lägen. „Eine Privatisierung der Wertstofffassung zu Lasten von Bürgern und kommunalen Entsorgungsbetrieben können und werden wir jedoch nicht mittragen.“

100 Tage

Vor über 100 Tagen habe ich die Geschäftsführung von aha übernommen.



Das hat der Personalrat als Anlass genommen, eine Versammlung für alle MitarbeiterInnen einzuberufen. Am 25. Juni berichte ich der Belegschaft über die vergangenen Monate. Vor allem aber wollen wir den Blick in die Zukunft richten und die aha-ler über aktuelle Themen wie die Bürgerbeteiligung oder die Auftragsvergabe durch das Duale System informieren. Die Müllabfuhr beginnt an diesem Tag zwar später als gewohnt, aber selbstverständlich schaffen die Kollegen den Abfall so zuverlässig wie sonst von der Straße.

Ihr

Fragebogen



Bürgerbeteiligung
in der Region Hannover

Welche Wünsche und Meinungen haben die Menschen zur Abfallentsorgung in der Region Hannover und vor allem in Bezug auf das Gebührensystem? Um das zu erfahren hat die Region das Bürgerbeteiligungsverfahren gestartet, das auch eine Online-Befragung beinhaltet. Seit dem 11. Juni können Interessierte unter <https://buergerbeteiligung.infa.de/> einen Fragebogen finden und bis zum 31. Juli ihre Meinung abgeben. Wer keinen Zugang zum Internet hat, kann den Fragebogen telefonisch anfordern unter (02382) 964-599. Der Bogen wird dann zugeschickt.

einfach. alles. sauber.

